

Die Wahl zum 15. Deutschen Bundestag am 22. September 2002

Am 22. September 2002 wurde ein neuer Bundestag gewählt. Nach einem der spannendsten Wahlkämpfe der deutschen Nachkriegsgeschichte ist die rot-grüne Bundesregierung bei der Bundestagswahl 2002 – trotz Zweitstimmenverlusten für die SPD – knapp bestätigt worden. Die Unionsparteien, die GRÜNEN und die Liberalen konnten bundesweit Stimmen hinzugewinnen. Die Resultate für den Bund spiegeln weitgehend das landesweite Wahlergebnis wider: Während die CDU und die GRÜNEN in Baden-Württemberg ebenfalls Zweitstimmen gewinnen konnten, musste die SPD auch auf Landesebene Einbußen hinnehmen. Für die FDP/DVP zeigte sich dagegen auf Bundes- und Landesebene ein gegenläufiger Trend: Bundesweit konnten die Liberalen ihren Zweitstimmenanteil erhöhen, in Baden-Württemberg hingegen hatten sie einen Verlust von 1 Prozentpunkt zu verbuchen. Mit nur noch 7,8 % musste die FDP/DVP in ihrem „Stammland“ ihr zweitschlechtestes Ergebnis bei Bundestagswahlen hinnehmen. Die Landes-GRÜNEN hingegen konnten ihr bestes Ergebnis bei einer Bundestagswahl erzielen.

Im Folgenden werden die endgültigen Ergebnisse der Wahl zum 15. Deutschen Bundestag im Bund, in den Ländern und in Baden-Württemberg im Vergleich dargestellt. Des Weiteren wird auf die Wahlergebnisse zur Bundestagswahl 2002 in Baden-Württemberg eingegangen, wobei neben regionalen Aspekten nach Wahlkreisen, nach Gemeindegrößenklassen und nach Gemeinden mit über 30 000 Einwohnern auch wirtschafts- und sozialstrukturelle Aspekte betrachtet werden. Abschließend wird ausführlich auf die baden-württembergischen Abgeordneten des 15. Bundestages eingegangen.

Rot-grüne Koalition bei der Bundestagswahl 2002 knapp bestätigt

Der Ausgang der Bundestagswahl war mit ganz besonderer Spannung erwartet worden. Seit Monaten hatte sich die rot-grüne Bundesregierung ein Kopf-an-Kopf-Rennen mit den Oppositionsparteien CDU/CSU und FDP geliefert, bei dem Union und Liberale seit Anfang des Jahres nach den Umfragedaten der verschiedenen Institute überwiegend eine knappe rechnerische Mehrheit behaupteten. In den letzten Wochen vor der Bundestagswahl beobachteten die meisten Institute jedoch einen zunehmenden Stimmungsumschwung zugunsten der Regierung Schröder. Allerdings wiesen die Meinungsforscher gleichzeitig auf einen hohen Prozentsatz noch unentschlüsselter Wähler hin, deren letztendliche Wahlentscheidung zu Verschiebungen der prognostizierten Mehrheitsverhältnisse führen könnte. Eine weitere Unbekannte in der Kalkulation möglicher parlamentarischer Mehrheiten stellte auch das Abschneiden der PDS dar. Bis zum Wahltag schien es fraglich, ob die PDS die 5%-Hürde würde überspringen können bzw. über den Gewinn von mindestens drei Direktmandaten in den Bundestag einziehen könnte.

Am 22. September 2002 konnte dann die rot-grüne Regierung ihre Mehrheit im Bundestag hauchdünn verteidigen. Während nach den endgültigen Ergebnissen die SPD Verluste in Höhe von 2,4 Prozentpunkten hinnehmen musste und 38,5 % der Zweitstimmen erzielte, konnten die GRÜNEN mit einem Plus von 1,9 Prozentpunkten gestärkt aus dem Urnengang hervorgehen und erreichten 8,6 % (Schaubild 1). Die Unionsparteien konnten ihren Anteil um 3,4 Prozentpunkte steigern und kamen somit – ebenso wie die SPD – auf 38,5 %. Die Liberalen erreichten 7,4 % der

Zweitstimmen, bei einem Zugewinn von 1,2 Prozentpunkten. Die PDS, die noch vor vier Jahren die 5%-Hürde überspringen konnte, verlor bundesweit 1,1 Prozentpunkte und rutschte auf 4 %. Sie wird im 15. Deutschen Bundestag durch 2 Direktmandate, jedoch nicht als Fraktion vertreten sein.

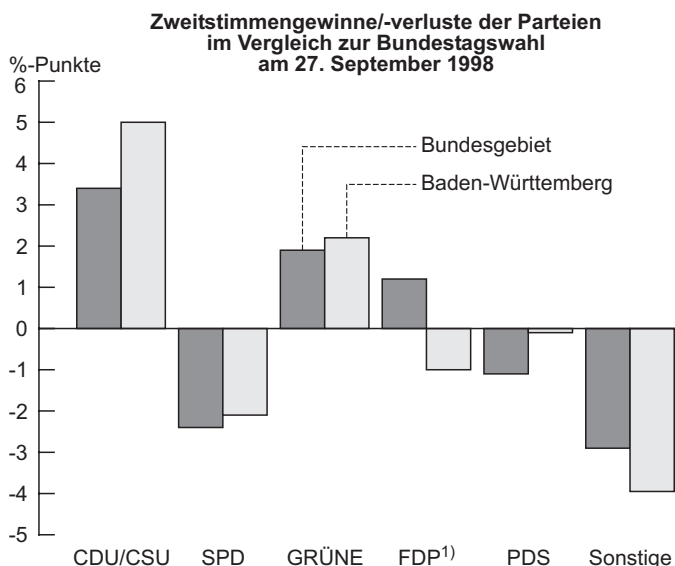
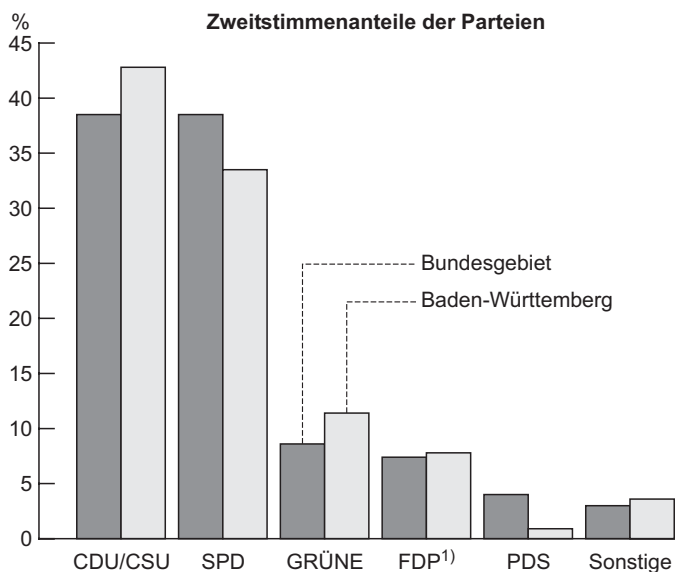
Gemäß dem 13. Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes wurde die Gesamtzahl der Abgeordneten des Deutschen Bundestages von bisher 656 auf 598 Abgeordnete (ohne Überhangmandate) verringert. Nach dem endgültigen Wahlergebnis wird der 15. Deutsche Bundestag aus 603 Abgeordneten bestehen, einschließlich 5 Überhangmandaten (4 für die SPD und 1 für die CDU). Davon entfallen auf die SPD insgesamt 251 Sitze und die GRÜNEN kommen auf 55 Mandate. Die Unionsparteien CDU/CSU können 248 Abgeordnete in den Bundestag entsenden und die Liberalen stellen 47 Mandatsträger. Die PDS konnte in Berlin 2 Direktmandate erringen und entsendet demnach 2 Abgeordnete in den Deutschen Bundestag. Nach diesem Wahlergebnis verfügt die rot-grüne Koalition mit 306 Sitzen über gerade mal 9 Mandate mehr als die anderen im Bundestag vertretenen Parteien. CDU, CSU und FDP kamen insgesamt auf 295 Sitze (Schaubild 2).



Die Autorin: Dipl.-Geografin Jutta Demel ist Referentin im Referat „Volkszählung, Mikrozensus, Erwerbstätigkeit, Wohnungswesen, Wahlen“ des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg.

Von den 603 gewählten Abgeordneten sind 194 Frauen, was einem Anteil von gut 32 % (1998: 31 %) entspricht. Bei der Betrachtung des Frauenanteils der Parteien im 15. Bundestag sind deutliche Unterschiede festzustellen: Die GRÜNEN stellen mit gut 58 % den höchsten Frauenanteil unter ihren parlamentarischen Mitgliedern (1998: 57 %); knapp 38 % der SPD-Abgeordneten sind weiblichen Geschlechts (1998: 35 %). Der Frauenanteil der Unionsparteien liegt mit 22 % (1998: 18 %) knapp über dem der Liberalen-Parlamentarier (2002 und 1998: 21 %).

Schaubild 1
Zweitstimmenanteile der Parteien bei der Wahl zum 15. Deutschen Bundestag am 22. September 2002 im Bundesgebiet und in Baden-Württemberg



1) In Baden-Württemberg FDP/DVP.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

518 02

76 Abgeordnete des Deutschen Bundestages kommen aus Baden-Württemberg

Im 15. Deutschen Bundestag werden von den 603 Abgeordneten 76 Parlamentarier aus Baden-Württemberg sein. Davon gehören 34 der CDU und 27 der SPD an. Die GRÜNEN stellen 9 Abgeordnete und die FDP/DVP 6. Die PDS kann diesmal keinen Vertreter aus Baden-Württemberg nach Berlin schicken. Im letzten Bundestag, der allerdings noch 669 Abgeordnete (mit Überhangmandaten) umfasste, kamen 78 der Parlamentarier aus Baden-Württemberg.

Von den 76 neu gewählten Abgeordneten aus Baden-Württemberg werden lediglich 21 Frauen sein, was einem Anteil von knapp 27,6 % entspricht. Zur Bundestagswahl 1998 betrug der Anteil

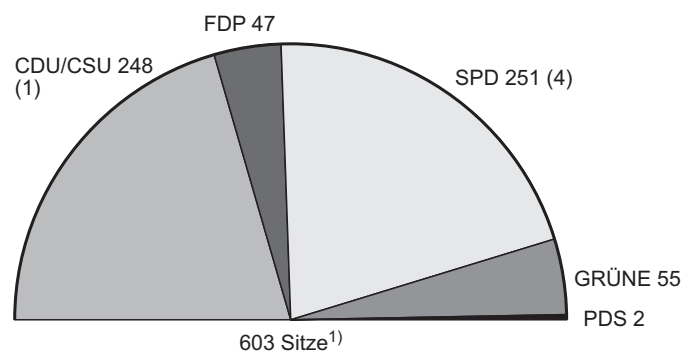
der weiblichen Abgeordneten noch 28,2 %. Unter den Parteien Baden-Württembergs, die Abgeordnete in den Deutschen Bundestag entsenden, ist der Frauenanteil bei den GRÜNEN mit 56 % mit Abstand am höchsten (1998: 50 %). Auch unter den Parlamentariern der SPD sind mit 41 % ihrer Abgeordneten überdurchschnittlich viele Frauen (1998: 40 %). Der Anteil der Frauen, die die FDP/DVP nach Berlin entsendet, liegt mit 33 % knapp über dem Durchschnitt (1998: 29 %), während der Anteil der CDU-Parlamentarierinnen mit knapp 9 % im Vergleich am geringsten ausfällt (1998: 12,5 %).

Die Bundestagswahl 2002 in Baden-Württemberg

CDU Baden-Württembergs erzielt zweitbestes Länderergebnis

Die CDU konnte bundes- und landesweit Zweitstimmenanteile hinzugewinnen. Der Anteilszuwachs der Christdemokraten in Baden-Württemberg lag mit 5,0 Prozentpunkten jedoch deutlich über dem Gewinn auf Bundesebene (+ 3,4 Prozentpunkte). Im Bundesländervergleich der Unionsparteien erreichte die CDU in Baden-Württemberg mit 42,8 % hinter Bayern (58,6 %) das zweitbeste Stimmenergebnis (Tabelle 1). Mit diesem Erfolg konnte die Union wieder an ihr Ergebnis der Bundestagswahl von 1994 anknüpfen und so den Abwärtstrend der Christdemokraten in Baden-Württemberg stoppen. Dennoch stellt dieses Resultat für die baden-württembergische CDU das drittschlechteste Ergebnis bei Bundestagswahlen überhaupt dar. Lediglich bei der ersten Bundestagswahl 1949 und bei der Bundestagswahl 1998 erreichte die CDU mit 39,6 % bzw. 37,8 % noch geringere Zweitstimmenanteile. Bei den Bundestagswahlen seit 1953 konnten die Christdemokraten in Baden-Württemberg Zweitstimmenanteile zwischen 45 % und 53 % erzielen. Den höchsten Zweitstimmenanteil bei einer Bundestagswahl in Baden-Württemberg hatte die CDU 1976 mit 53,3 % erreicht. Seit der Bundestagswahl 1983, als die Landes-CDU letztmals die 50%-Marke übertreffen konnte, bröckelten die Stimmenanteile wieder ab (Tabelle 2).

Schaubild 2
Sitzverteilung im Deutschen Bundestag nach den Ergebnissen der Bundestagswahl am 22. September 2002



1) Überhangmandate sind in Klammern dargestellt.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

519 02

Union erreicht in 4 Wahlkreisen die absolute Zweitstimmenmehrheit

Die Wahlkreisbilanz der CDU bei der Bundestagswahl 2002 fällt hinsichtlich des Abschneidens bei den Zweitstimmen fast durchweg günstig aus. In 36 von 37 Wahlkreisen konnte die baden-württembergische CDU bei der Bundestagswahl 2002 Zweitstimmengewinne erringen, lediglich im Wahlkreis Freiburg musste sie mit - 0,2 Prozentpunkten minimale Stimmenverluste hinnehmen (Tabelle 3). Dabei konnte die Union in 9 Wahlkreisen mit über 7 Prozentpunkten überdurchschnittlich hohe Gewinne erzielen. Der mit Abstand höchste Zuwachs war – mit einem beachtlichen Plus von 10,3 Prozentpunkten – im Wahlkreis Zol-

lernalb-Sigmaringen zu verzeichnen, gefolgt von den Wahlkreisen Biberach und Schwäbisch Hall-Hohenlohe (8,7 bzw. 8,6 Prozentpunkte). Ihre besten Ergebnisse erzielte die CDU auch bei der Bundestagswahl 2002 wiederum in den Wahlkreisen Biberach, Zollernalb-Sigmaringen, Odenwald-Tauber und Rottweil-Tuttlingen. In diesen 4 Wahlkreisen konnte die Union die absolute Mehrheit der Zweitstimmen erreichen. Neue CDU-Hochburgen (das heißt Wahlkreise mit den höchsten CDU-Zweitstimmenanteilen) sind die Wahlkreise Calw, Ravensburg-Bodensee, Schwarzwald-Baar und Ulm: Hier konnte die Union jedoch auch schon früher relativ hohe Zweitstimmenanteile erzielen. Den geringsten Rückhalt in der Wählerschaft hatten die Christdemokra-

Tabelle 1

Ergebnisse der Bundestagswahl 2002 und deren Veränderung gegenüber 1998 im Bundesgebiet und in den Bundesländern

Bundesland	Wahl- berechtigte	Wahl- beteiligung	Gültige Zweit- stimmen	Davon					
				CDU ¹⁾	SPD	GRÜNE ²⁾	FDP/DVP ³⁾	PDS ⁴⁾	Sonstige
	1 000	%	1 000	%					
Wahl zum 15. Deutschen Bundestag am 22. September 2002									
Baden-Württemberg	7 418,8	81,1	5 939,9	42,8	33,5	11,4	7,8	0,9	3,6
Bayern	9 101,5	81,5	7 362,6	58,6	26,1	7,6	4,5	0,7	2,4
Berlin	2 442,8	77,6	1 872,1	25,9	36,6	14,6	6,6	11,4	4,9
Brandenburg	2 101,0	73,7	1 526,5	22,3	46,4	4,5	5,8	17,2	3,8
Bremen	484,5	78,8	377,6	24,6	48,6	15,0	6,7	2,2	2,9
Hamburg	1 221,8	79,6	963,4	28,1	42,0	16,2	6,8	2,1	4,8
Hessen	4 344,9	80,1	3 414,3	37,1	39,7	10,7	8,2	1,3	2,9
Mecklenburg-Vorpommern	1 412,0	70,6	973,1	30,3	41,7	3,5	5,4	16,3	2,8
Niedersachsen	6 035,2	81,0	4 846,2	34,5	47,8	7,3	7,1	1,0	2,2
Nordrhein-Westfalen	13 179,1	80,3	10 472,6	35,1	43,0	8,9	9,3	1,2	2,5
Rheinland-Pfalz	3 051,1	80,0	2 402,8	40,2	38,2	7,9	9,3	1,0	3,3
Saarland	821,2	80,0	643,0	35,0	46,0	7,6	6,4	1,4	3,7
Sachsen	3 572,0	73,7	2 587,1	33,6	33,3	4,6	7,3	16,2	5,1
Sachsen-Anhalt	2 108,9	68,8	1 430,6	29,0	43,2	3,4	7,6	14,4	2,4
Schleswig-Holstein	2 172,8	80,7	1 735,0	36,0	42,9	9,4	8,0	1,3	2,4
Thüringen	1 965,4	74,8	1 449,7	29,4	39,9	4,3	5,9	17,0	3,6
Bundesgebiet	61 432,9	79,1	47 996,5	38,5	38,5	8,6	7,4	4,0	3,0
Veränderung gegenüber der Wahl zum 14. Deutschen Bundestag am 27. September 1998 ⁵⁾									
Baden-Württemberg	+ 161,9	- 2,0	- 5,5	+ 5,0	- 2,1	+ 2,2	- 1,0	- 0,1	- 4,0
Bayern	+ 226,2	+ 2,3	+ 388,1	+ 10,9	- 8,3	+ 1,7	- 0,6	-	- 3,8
Berlin	- 0,1	- 3,5	- 85,9	+ 2,2	- 1,2	+ 3,3	+ 1,7	- 2,0	- 3,9
Brandenburg	+ 68,7	- 4,4	- 15,5	+ 1,5	+ 2,9	+ 0,9	+ 3,0	- 3,1	- 5,1
Bremen	- 10,3	- 3,3	- 23,9	- 0,8	- 1,6	+ 3,7	+ 0,8	- 0,2	- 1,8
Hamburg	+ 8,0	- 1,5	- 10,0	- 1,9	- 3,7	+ 5,4	+ 0,3	- 0,2	+ 0,1
Hessen	+ 47,7	- 4,1	- 152,2	+ 2,4	- 1,9	+ 2,5	+ 0,3	- 0,2	- 3,3
Mecklenburg-Vorpommern	+ 4,3	- 8,8	- 116,2	+ 1,0	+ 6,4	+ 0,6	+ 3,2	- 7,3	- 3,8
Niedersachsen	+ 80,6	- 2,9	- 105,8	+ 0,4	- 1,6	+ 1,4	+ 0,7	-	- 1,0
Nordrhein-Westfalen	+ 92,7	- 3,6	- 396,9	+ 1,3	- 3,9	+ 2,0	+ 2,0	-	- 1,5
Rheinland-Pfalz	+ 35,1	- 3,9	- 89,0	+ 1,1	- 3,1	+ 1,8	+ 2,2	-	- 2,1
Saarland	- 7,3	- 4,8	- 46,3	+ 3,2	- 6,4	+ 2,1	+ 1,7	+ 0,4	- 0,8
Sachsen	- 30,5	- 7,9	- 307,3	+ 0,9	+ 4,2	+ 0,2	+ 3,7	- 3,8	- 5,1
Sachsen-Anhalt	- 40,9	- 8,3	- 200,6	+ 1,8	+ 5,1	+ 0,1	+ 3,5	- 6,3	- 4,2
Schleswig-Holstein	+ 36,8	- 1,7	- 1,8	+ 0,3	- 2,5	+ 2,9	+ 0,4	- 0,2	- 0,9
Thüringen	- 2,6	- 7,5	- 143,5	+ 0,5	+ 5,4	+ 0,4	+ 2,5	- 4,2	- 4,5
Bundesgebiet	+ 670,1	- 3,1	- 1 312,0	+ 3,4	- 2,4	+ 1,9	+ 1,2	- 1,1	- 2,9

1) In Bayern CSU. – 2) In Hamburg GRÜNE/GAL. – 3) Im Saarland FDP/DPS, in den anderen Bundesländern und im Bundesgebiet FDP. – 4) In Niedersachsen PDS Linke Liste. – 5) Angaben in 1 000 bzw. Prozentpunkten.

Tabelle 2
Ergebnisse der Bundestagswahlen in Baden-Württemberg seit 1949

Tag der Wahl	Wahl- berechtigte	Wähler	Wahl- beteiligung	Gültige Stimmen ¹⁾		Davon					
						CDU	SPD	GRÜNE	FDP/DVP	PDS	Sonstige
	1 000		%	1 000		%					
14.08.1949	4 094,7	2 864,7	70,0	2 745,5	95,8	39,6	23,9	–	17,6	–	18,9
06.09.1953	4 536,8	3 710,3	81,8	3 588,1	96,7	52,4	23,0	–	12,7	–	11,8
15.09.1957	4 857,8	4 097,6	84,4	3 907,8	95,4	52,8	25,8	–	14,4	–	7,1
17.09.1961	5 211,9	4 419,7	84,8	4 189,2	94,8	45,3	32,1	–	16,6	–	6,0
19.09.1965	5 425,1	4 598,7	84,8	4 452,2	96,8	49,9	33,0	–	13,1	–	4,0
28.09.1969	5 510,3	4 690,4	85,1	4 584,8	97,7	50,7	36,5	–	7,5	–	5,3
19.11.1972	5 960,7	5 377,0	90,2	5 322,1	99,0	49,8	38,9	–	10,2	–	1,1
03.10.1976	6 118,5	5 452,4	89,1	5 405,5	99,1	53,3	36,6	–	9,1	–	1,0
05.10.1980	6 370,5	5 518,1	86,6	5 454,0	98,8	48,5	37,2	1,8	12,0	–	0,4
06.03.1983	6 544,8	5 785,6	88,4	5 722,6	98,9	52,6	31,1	6,8	9,0	–	0,5
25.01.1987	6 830,8	5 676,8	83,1	5 609,0	98,8	46,7	29,3	10,0	12,0	–	2,1
02.12.1990	7 121,8	5 515,4	77,4	5 439,4	98,6	46,5	29,1	5,7	12,3	3,2	3,2
16.10.1994	7 205,0	5 742,6	79,7	5 668,8	98,7	43,3	30,7	9,6	9,9	3,1	3,4
27.09.1998	7 256,9	6 032,6	83,1	5 945,4	98,6	37,8	35,6	9,2	8,8	4,0	4,5
22.09.2002	7 418,8	6 017,6	81,1	5 939,9	98,7	42,8	33,5	11,4	7,8	1,1	3,4

1) Ab 1953 Zweitstimmen.

ten bei der Bundestagswahl 2002 – ebenso wie bei der vorangegangenen Bundestagswahl – in den Großstädten des Landes: namentlich in Freiburg, in Stuttgart, in Mannheim, in Karlsruhe-Stadt und in Heidelberg. Der Wahlkreis Lörrach-Müllheim erscheint neu auf der Liste der christdemokratischen Diasporagebiete. In diesen Bundestagswahlkreisen lag die CDU bei einem Zweitstimmenanteil von weniger als 37 %.

CDU vor allem in ländlich geprägten Gebieten erfolgreich

Bei der Betrachtung der jüngsten Wahlergebnisse der CDU nach Wirtschafts- und Sozialstrukturen zeigte sich – ebenso wie bei der Bundestagswahl 1998 –, dass die Christdemokraten in eher ländlich geprägten Wahlkreisen mit niedriger Bevölkerungsdichte ihre besten Wahlergebnisse erzielte. In den Bundestagswahlkreisen mit geringer Bevölkerungsdichte kam die CDU auf überdurchschnittliche 49,4 % der Zweitstimmen, während sich in den Bundestagswahlkreisen mit hoher Bevölkerungsdichte lediglich 36,5 % der Wähler für die Union entschieden. Auch der Zusammenhang zwischen dem Wahlergebnis der CDU und der Konfessionszugehörigkeit spiegelte sich bei dieser Bundestagswahl wider: So lag der Zweitstimmenanteil der CDU in Wahlkreisen mit hohem Katholikenanteil (46,2 %) deutlich über den Ergebnissen der Wahlkreise mit hohem Protestantenanteil (43,4 %). In Bundestagswahlkreisen mit niedrigem Akademikeranteil, die meist den ländlich geprägten Wahlkreisen entsprechen, erzielte die Union mit 47,6 % ein weit über dem Landesdurchschnitt liegendes Ergebnis, während sie in Wahlkreisen mit hohem Anteil an Akademikern mit 35,8 % nur ein stark unterdurchschnittliches Ergebnis erreichte. In Gebieten mit niedriger Arbeitslosenquote lag der Zweitstimmenanteil für die CDU diesmal mit 43,7 % leicht über dem Landesdurchschnitt von 42,8 %. Deutlich unter ihrem Landesergebnis liegende Zweitstimmenanteile erzielte die CDU hingegen in den Wahlkreisen mit hoher Arbeitslosenquote (35,1 %).

Zweitstimmenabstand zwischen CDU und SPD wieder angewachsen

Bei sämtlichen Bundestags-, Landtags- und Europawahlen in Baden-Württemberg konnte die CDU bislang einen Zweitstimmenvorsprung vor den Sozialdemokraten aufweisen. Bei der Bundestagswahl 1953 war mit fast 30 Prozentpunkten Unterschied der bislang größte Vorsprung seitens der Union festgestellt worden. 1972 war der Abstand zwischen Christdemokraten und SPD auf knapp 11 Prozentpunkte geschrumpft, um dann bis zur Wahl 1983 wieder auf über 20 Prozentpunkte anzusteigen. Bei der letzten Bundestagswahl 1998 hatte sich der Zweitstimmenabstand zwischen CDU und SPD auf nur noch 2,2 Prozentpunkte reduziert. Bei der Wahl zum 15. Bundestag wuchs der Vorsprung der CDU vor der SPD landesweit wieder auf 9,3 Prozentpunkte.

Einbußen der Sozialdemokraten im Land geringer als im Bund

Im Bund verzeichnete die SPD bei dieser Wahl einen Rückgang des Zweitstimmenanteils um 2,4 Prozentpunkte auf 38,5 %. In Baden-Württemberg fielen die Einbußen mit 2,1 Prozentpunkten etwas geringer aus. Mit 33,5 % der Zweitstimmen reiht sich Baden-Württemberg dennoch in die Gruppe der drei Bundesländer mit dem schlechtesten SPD-Landesergebnis ein. Lediglich in Bayern und in Sachsen schnitten die Sozialdemokraten im Ländervergleich noch schlechter ab. Nach dem Wahlerfolg bei der Bundestagswahl 1998 übertraf der Zweitstimmenanteil der SPD auch dieses Mal noch die 30%-Marke. Mit knapp weniger als 30 % musste sich die Partei bei den Bundestagswahlen von 1983 bis 1994 zufrieden geben. Bei den ersten drei Bundestagswahlen von 1949 bis 1957 hatten die Sozialdemokraten im Land mit Zweitstimmenanteilen zwischen 23 % und 26 % sogar noch schlechter abgeschnitten. Zu Zeiten der sozialliberalen

Koalitionen in Bonn hingegen hatte die baden-württembergische SPD bei den vier Bundestagswahlen von 1969 bis 1980 noch jeweils zwischen 36 % und 39 % der gültigen Zweitstimmen auf sich vereinen können, also deutlich mehr als dieses Mal.

SPD verliert in allen Wahlkreisen des Landes

Im Gegensatz zur CDU verzeichneten die Sozialdemokraten auf Wahlkreisebene ausnahmslos Rückgänge der Zweitstimmenanteile. Die geringsten Einbußen mit unter 1 Prozentpunkt hatten

Tabelle 3

Wahlbeteiligung und Zweitstimmenanteile der Parteien bei der Bundestagswahl 2002 sowie deren Veränderung gegenüber der Bundestagswahl 1998 in den Bundestagswahlkreisen Baden-Württembergs

Bundestagswahlkreis	Wahlbeteiligung		CDU		SPD		GRÜNE		FDP/DVP		Sonstige	
	2002	Veränderung gegenüber 1998	2002	Veränderung gegenüber 1998	2002	Veränderung gegenüber 1998	2002	Veränderung gegenüber 1998	2002	Veränderung gegenüber 1998	2002	Veränderung gegenüber 1998
	%	Prozentpunkte	%	Prozentpunkte	%	Prozentpunkte	%	Prozentpunkte	%	Prozentpunkte	%	Prozentpunkte
259 Stuttgart I	82,7	- 1,3	33,9	+ 2,0	33,8	- 0,4	18,9	+ 3,4	9,3	- 2,6	4,0	- 2,6
260 Stuttgart II	79,4	- 2,4	36,3	+ 3,8	37,6	- 1,4	13,3	+ 2,6	7,7	- 1,5	5,0	- 3,6
261 Böblingen	83,4	- 1,8	42,1	+ 4,4	33,1	- 2,0	11,4	+ 2,5	8,9	- 1,4	4,5	- 3,5
262 Esslingen	83,6	- 2,0	40,8	+ 3,5	35,5	- 1,6	11,7	+ 2,5	7,8	- 0,6	4,3	- 3,6
263 Nürtingen	83,9	- 1,5	42,4	+ 5,2	33,1	- 1,5	11,6	+ 2,3	8,2	- 1,7	4,7	- 4,2
264 Göppingen	81,2	- 2,0	42,1	+ 7,2	35,6	- 3,4	10,2	+ 2,8	7,5	- 1,6	4,5	- 5,0
265 Waiblingen	82,8	- 1,4	41,6	+ 5,6	33,1	- 2,3	12,0	+ 2,8	8,7	- 1,9	4,6	- 4,1
266 Ludwigsburg	83,5	- 1,3	39,5	+ 4,5	35,1	- 2,2	12,4	+ 3,5	8,4	- 2,0	4,7	- 3,8
267 Neckar-Zaber	84,3	- 1,5	41,0	+ 6,3	34,5	- 1,8	11,1	+ 2,2	8,5	- 2,0	4,8	- 4,9
268 Heilbronn	80,2	- 2,8	43,3	+ 7,2	35,7	- 1,8	8,2	+ 1,1	7,8	- 1,0	5,0	- 5,5
269 Schwäbisch Hall-Hohenlohe	78,2	- 3,7	43,4	+ 8,6	31,9	- 1,8	10,2	+ 1,7	9,3	- 2,1	5,2	- 6,4
270 Backnang-Schwäbisch Gmünd	80,2	- 2,1	44,2	+ 7,5	33,7	- 2,9	10,2	+ 2,1	7,1	- 1,3	4,7	- 5,6
271 Aalen-Heidenheim	81,3	- 2,1	46,3	+ 8,1	35,6	- 3,7	7,9	+ 1,4	5,9	- 0,9	4,3	- 4,9
272 Karlsruhe-Stadt	79,1	- 1,5	35,4	+ 2,1	37,2	- 1,7	14,4	+ 3,5	8,4	- 1,9	4,6	- 2,1
273 Karlsruhe-Land	82,8	- 1,9	43,3	+ 4,2	35,3	- 1,9	9,0	+ 1,7	8,2	- 0,8	4,2	- 3,2
274 Rastatt	79,6	- 2,3	46,3	+ 3,2	33,8	- 1,4	8,6	+ 1,7	7,4	- 0,4	3,9	- 3,0
275 Heidelberg	83,7	- 2,2	35,7	+ 1,1	34,7	- 2,2	17,6	+ 4,3	8,3	- 0,8	3,7	- 2,4
276 Mannheim	76,0	- 4,0	34,4	+ 1,4	41,3	- 2,6	12,0	+ 3,6	7,1	+ 1,0	5,2	- 3,3
277 Odenwald-Tauber	80,9	- 2,3	51,6	+ 5,8	29,9	- 3,2	7,4	+ 1,6	6,6	- 0,1	4,4	- 4,2
278 Rhein-Neckar	83,0	- 2,5	43,2	+ 3,9	34,5	- 2,8	10,4	+ 2,2	7,8	-	4,1	- 3,3
279 Bruchsal-Schwetzingen	81,8	- 3,3	44,7	+ 3,4	35,1	- 2,5	8,0	+ 1,9	7,5	+ 0,8	4,6	- 3,7
280 Pforzheim	80,3	- 2,4	43,5	+ 6,8	34,5	- 3,0	9,0	+ 1,9	8,1	- 1,4	4,8	- 4,4
281 Calw	80,0	- 2,4	48,4	+ 7,5	29,3	- 2,8	8,9	+ 1,8	7,9	- 2,1	5,5	- 4,4
282 Freiburg	81,9	- 1,4	30,5	- 0,2	33,4	- 0,5	25,0	+ 4,0	7,0	- 0,9	4,1	- 2,4
283 Lörrach-Müllheim	79,0	- 2,2	36,1	+ 1,1	38,7	- 0,3	13,5	+ 2,3	7,3	- 0,3	4,4	- 2,8
284 Emmendingen-Lahr	80,1	- 1,4	40,9	+ 3,0	36,2	- 1,8	11,8	+ 1,7	6,8	- 0,1	4,3	- 2,8
285 Offenburg	78,9	- 0,2	45,9	+ 3,0	32,5	- 2,2	9,4	+ 1,3	7,2	+ 0,2	4,9	- 2,4
286 Rottweil-Tuttlingen	80,1	- 2,6	50,6	+ 8,1	29,3	- 3,9	7,4	+ 0,9	7,8	- 0,9	4,8	- 4,3
287 Schwarzwald-Baar	79,9	- 2,4	46,5	+ 6,1	32,1	- 3,6	8,8	+ 1,4	8,1	- 0,4	4,5	- 3,5
288 Konstanz	79,7	- 1,8	39,9	+ 3,1	33,8	- 2,2	12,8	+ 2,0	9,5	- 0,2	4,0	- 2,8
289 Waldshut	79,6	- 1,9	43,1	+ 3,2	33,3	- 0,2	11,7	+ 1,1	7,7	- 0,7	4,2	- 3,5
290 Reutlingen	81,8	- 2,4	43,8	+ 5,7	33,0	- 1,4	10,8	+ 2,3	8,4	- 1,8	3,9	- 4,9
291 Tübingen	83,1	- 2,3	39,3	+ 6,4	32,8	- 0,6	16,1	+ 1,2	7,1	- 2,7	4,7	- 4,3
292 Ulm	82,5	- 1,5	46,5	+ 6,3	31,4	- 2,3	11,0	+ 2,1	6,8	- 1,6	4,3	- 4,5
293 Biberach	81,4	- 1,4	54,2	+ 8,7	24,3	- 2,1	9,9	+ 0,8	6,6	- 0,1	5,1	- 7,3
294 Ravensburg-Bodensee	81,6	- 0,8	46,8	+ 5,9	29,5	- 2,3	12,1	+ 1,8	7,6	- 1,0	4,0	- 4,4
295 Zollernalb-Sigmaringen	79,8	- 2,0	52,8	+ 10,3	27,7	- 3,7	7,4	+ 1,0	7,3	- 1,9	4,8	- 5,8
Land Baden-Württemberg	81,1	- 2,0	42,8	+ 5,0	33,5	- 2,1	11,4	+ 2,2	7,8	- 1,0	4,5	- 4,0

die Sozialdemokraten in den fünf Wahlkreisen Waldshut, Lörrach-Müllheim, Stuttgart I, Freiburg und Tübingen zu verbuchen. In sechs Wahlkreisen hatten die Sozialdemokraten Rückgänge von über 3 Prozentpunkten, wobei die stärkste Abnahme im Wahlkreis Rottweil-Tuttligen (- 3,9 Prozentpunkte) verzeichnet wurde. Das mit Abstand beste Ergebnis erzielte die SPD – wie schon bei der vorangegangenen Wahl – im Wahlkreis Mannheim (41,3 %). Dies war zugleich der einzige Wahlkreis, in dem die Sozialdemokraten die 40%-Marke übertrafen. Weitere Hochburgen der Sozialdemokraten waren die beiden südbadischen Wahlkreise Lörrach-Müllheim und Emmendingen-Lahr, Karlsruhe-Stadt sowie die nordwürttembergischen Wahlkreise Stuttgart II, Heilbronn und Göppingen. Gegenüber der vorigen Bundestagswahl erschien lediglich der Wahlkreis Heilbronn neu auf der Liste der sieben SPD-Hochburgen. Bei den Diasporagebieten der Sozialdemokraten handelt es sich im Wesentlichen um traditionelle Hochburgen der CDU. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang vor allem das neuerliche Schlusslicht Biberach und die drei ebenfalls im Süden des Landes gelegenen Wahlkreise Zollernalb-Sigmaringen, Rottweil-Tuttligen und Ravensburg-Bodensee. Aber auch die Wahlkreise Calw und Odenwald-Tauber zählten mit unter 30 % der Zweitstimmen zu den Diasporawahlkreisen der SPD. In allen Wahlkreisen lagen die Sozialdemokraten über der 20%-Marke, in 30 von 37 Wahlkreisen konnten sie zwischen 30 % und 40 % der Zweitstimmen erreichen.

SPD: Kein Zusammenhang mehr zwischen Arbeitermilieu und Stimmenanteil

Die SPD erzielte ihre besten Ergebnisse auch bei dieser Bundestagswahl wieder in den eher urban geprägten Wahlkreisen. Während sie in Bundestagswahlkreisen mit hoher Bevölkerungsdichte im Durchschnitt auf 36,4 % der Zweitstimmen kam, entschieden sich in den eher ländlich geprägten Gebieten mit niedriger Bevölkerungsdichte nur 29,2 % der Wähler für die Sozialdemokraten. Der traditionelle Zusammenhang zwischen Arbeitermilieu und hohen Zweitstimmenanteilen der SPD ist allerdings bereits seit längerem nicht mehr nachweisbar. Wie schon zur Bundestagswahl 1998 blieben die Sozialdemokraten auch diesmal in Wahlkreisen mit hohem Beschäftigtenanteil im Produzierenden Gewerbe und damit hohem Arbeiteranteil mit 32,9 % der Zweitstimmen unter dem Landesergebnis. Mit 35,8 % der Zweitstimmen schnitten die Sozialdemokraten in Wahlkreisen mit hohem Beschäftigtenanteil im tertiären Sektor dagegen deutlich besser ab. Hier übertrafen sie sogar die CDU (35,0 %) leicht. Aber auch in Wahlkreisen mit relativ hoher Arbeitslosenquote (35,9 %) lag die SPD noch knapp vor den Christdemokraten (35,1 %).

Bestes Landesergebnis für die GRÜNEN bei Bundestagswahlen

Bei den GRÜNEN stellte sich die Situation ähnlich dar wie bei der CDU: Einem Anteilszuwachs im Land von 2,2 Prozentpunkten standen auf Bundesebene mit + 1,9 Prozentpunkten etwas geringere Gewinne gegenüber. Mit 11,4 % der Zweitstimmen erzielten die GRÜNEN ihr bestes Ergebnis bei einer Bundestagswahl in Baden-Württemberg. In der Länderrangfolge belegten die GRÜNEN Baden-Württembergs hinter Hamburg, Bremen und Berlin den 4. Platz. Im Jahre 1980 waren die GRÜNEN erstmals bei einer Bundestagswahl in Baden-Württemberg angetreten. Damals blieben sie mit 1,8 % der Zweitstimmen noch deutlich unter der 5%-Hürde. In den 80er-Jahren konnten die GRÜNEN in Baden-Württemberg ihren Stimmenanteil kräftig steigern. Zur ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl mussten

die GRÜNEN im Land mit nur 5,7 % der Zweitstimmen allerdings einen herben Rückschlag hinnehmen. Bei den folgenden Bundestagswahlen 1994 und 1998 hat sich ihr Zweitstimmenanteil mit 9,6 % bzw. 9,2 % wieder nahezu verdoppelt.

Die GRÜNEN konnten in allen Wahlkreisen des Landes zulegen. Die stärksten Zuwächse erzielten sie mit über 4 Prozentpunkten in ihren Hochburgen Heidelberg und Freiburg und konnten diese damit weiter ausbauen. Ihr bestes Ergebnis hatten die GRÜNEN in ihrer Hochburg Freiburg (25 %), wo sie auch den Oberbürgermeister stellen. Hier gelang es ihnen erneut, die 20%-Marke deutlich zu übertreffen. Weitere überdurchschnittliche Ergebnisse konnten sie – wie schon bei den vorangegangenen Bundestagswahlen – vor allem in den Universitätsstandorten Stuttgart, Heidelberg und Tübingen erreichen. Aber auch in den Diasporawahlkreisen der GRÜNEN, die teilweise den traditionellen CDU-Hochburgen entsprechen, konnten die GRÜNEN Stimmengewinne verbuchen und erreichten dort zwischen 7 % und 9 %.

Überdurchschnittlich erfolgreich waren die GRÜNEN in Wahlkreisen mit einem hohen Akademikeranteil (16,9 %), in den städtischen Regionen mit einer hohen Bevölkerungsdichte (14,4 %), in Wahlkreisen mit einem hohen Anteil von Beschäftigten im Dienstleistungsgewerbe (16,9 %) und in Wahlkreisen mit relativ hoher Arbeitslosigkeit (16,4 %).

Abwärtstrend der Liberalen im Land setzt sich weiter fort

Für die Liberalen zeigte sich auf Landes- und Bundesebene ein gegenläufiger Trend: Während die Liberalen bundesweit ihren Zweitstimmenanteil um 1,2 Prozentpunkte auf 7,4 % erhöhen konnten, musste die FDP/DVP in ihrem Stammland Baden-Württemberg bei einem Verlust von 1,0 Prozentpunkten mit lediglich 7,8 % der Zweitstimmen ihr zweitschlechtestes Landesergebnis bei Bundestagswahlen hinnehmen. Nur 1969 hatte die FDP/DVP mit 7,5 % noch weniger Zweitstimmen erhalten. Mit diesem Ergebnis setzt sich der Abwärtstrend der FDP/DVP bei Bundestagswahlen in Baden-Württemberg fort. Bei den Bundestagswahlen 1987 und 1990 hatten die Liberalen noch jeweils rund 12 % der Zweitstimmen erzielen können, 1994 waren es nur noch 9,9 % und 1998 8,8 %. Damit zählt die FDP/DVP zu den Verlierern der Bundestagswahl 2002. Außer in Baden-Württemberg hatten die Freien Demokraten nur noch in Bayern geringfügige Zweitstimmenverluste erlitten, in allen anderen Bundesländern konnten die Liberalen hingegen Stimmenzuwächse verbuchen.

Die FDP/DVP konnte lediglich in den Wahlkreisen Mannheim, Bruchsal-Schwetzingen und Offenburg Zweitstimmenzugewinne erzielen, im Wahlkreis Rhein-Neckar blieb der Stimmenanteil konstant. In allen anderen Wahlkreisen Baden-Württembergs mussten die Liberalen jedoch Verluste von bis knapp 3 Prozentpunkten hinnehmen. Am stärksten waren die Rückgänge in den Wahlkreisen Tübingen und Stuttgart I. Trotz der Verluste im Wahlkreis Stuttgart I zählte dieser mit 9,3 % erneut zu den Hochburgen der FDP/DVP. Weitere traditionelle Liberalen-Hochburgen waren die Wahlkreise Schwäbisch Hall-Hohenlohe, Böblingen, Waiblingen, Neckar-Zaber, Ludwigsburg und Karlsruhe-Stadt. Mit dem Spitzenergebnis von 9,5 % erscheint der Wahlkreis Konstanz neu auf der Liste der Liberalen-Hochburgen.

Für das Wahlergebnis der FDP/DVP scheint die Konfessionszugehörigkeit der Wähler nach wie vor eine gewichtige Rolle zu spielen: In den protestantisch geprägten Wahlkreisen lag ihr Zweitstimmenanteil bei 8,5 %, in Wahlkreisen mit einem hohen

Katholikenanteil dagegen nur bei 7,6 %. Besonders augenfällig ist auch der Zusammenhang zwischen der Kaufkraft der Bevölkerung und dem Zweitstimmenanteil der Liberalen: In Wahlkreisen, in denen die Bevölkerung über eine hohe Kaufkraft verfügt, erzielte die FDP/DVP 8,4 % der Zweitstimmen, in Wahlkreisen mit niedriger Kaufkraft waren es lediglich 7,5 %.

Wahlbeteiligung in Bund und Land wieder rückläufig

Bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag 1994 und 1998 hatte – nach einer längeren Phase zunehmender „Wahlmüdigkeit“ – die Beteiligung an Bundestagswahlen bundes- und landesweit wieder zugenommen. Dieser Trend setzte sich mit der Bundestagswahl 2002 nicht weiter fort: Nur noch 81,1 % der insgesamt 7,4 Mill. wahlberechtigten Baden-Würtemberger gaben ihre Stimme ab. Gegenüber der Bundestagswahl 1998 ist die Wahl-

beteiligung landesweit um 2,0 Prozentpunkte zurückgegangen. Bundesweit lag die Wahlbeteiligung bei 79,1 % und war mit einem Minus von 3,1 Prozentpunkten sogar noch stärker rückläufig als in Baden-Württemberg. Mit der Beteiligungsquote von 81 % nimmt Baden-Württemberg im Bundesländervergleich hinter Bayern – dem einzigen Land mit steigender Wahlbeteiligung – den 2. Platz ein. Bei der Bundestagswahl im November 1972 war in Baden-Württemberg noch eine Rekord-Wahlbeteiligung von 90,2 % erreicht worden. Seither ließ der Wahleifer sowohl bundesweit als auch in Baden-Württemberg immer mehr nach. Der Tiefststand der Wahlbeteiligung wurde – mit Ausnahme der ersten Bundestagswahl 1949 – mit 77,4 % bei der ersten gesamtdeutschen Wahl 1990 erreicht. Bei der Bundestagswahl 1994 war die Wahlbeteiligung in Baden-Württemberg dann erstmals wieder angestiegen.

Die Wahlbeteiligung war bei der Bundestagswahl 2002 in allen 37 Bundestagswahlkreisen rückläufig. Den höchsten Rückgang verzeichneten die Wahlkreise, die gleichzeitig auch bereits die niedrigste Wahlbeteiligung aufwiesen: Mannheim und Schwäbisch Hall-Hohenlohe. Aber auch in den Wahlkreisen Offenburg, Lörrach-Müllheim, Karlsruhe-Stadt, Stuttgart II und Rastatt lag der Wahleifer weit unter dem Landesdurchschnitt von 81,1 %. Die höchste Wahlbeteiligung hatten die drei Wahlkreise Neckar-Zaber, Nürtingen und Heidelberg zu verzeichnen. Mit Rückgängen unter 1 Prozentpunkt waren in den Wahlkreisen Offenburg und Ravensburg-Bodensee die geringsten Abnahmen zu beobachten.

Nur noch rund 61 % der Wahlberechtigten wählten CDU oder SPD

Die Wahlanalysen stützen sich üblicherweise auf die Zweitstimmenanteile der Parteien bezogen auf die Zahl der gültigen Stimmen. Bei dieser Art der Interpretation von Wahlergebnissen müssen allerdings auch gewisse Informationsverluste hingenommen werden. So werden hierbei die Auswirkungen unterschiedlich hoher Wahlbeteiligung nicht berücksichtigt. Um der Tatsache Rechnung zu tragen, dass die Höhe der Wahlbeteiligung einen nicht unwesentlichen Einfluss auf das Abschneiden der Parteien hat und dass Wählerwanderungen nicht nur zwischen den Parteien, sondern auch zwischen dem Lager der Nichtwähler und dem der Wähler stattfinden, werden im Folgenden die Anteile der Zweitstimmen jeder Partei bezogen auf die Gesamtzahl der Wahlberechtigten (Ausschöpfungsquoten) im Zeitvergleich betrachtet.

Trotz rückläufiger Wahlbeteiligung ist es den Christdemokraten im Land gelungen, wieder mehr Wähler für ihre Partei zu mobilisieren. Der Zweitstimmenanteil der CDU-Wähler unter den wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürgern in Baden-Württemberg ist von 30,9 % bei der Bundestagswahl 1998 deutlich auf 34,3 % in 2002 angestiegen (*Schaubild 3*). Auch die GRÜNEN konnten ihren Rückhalt unter den Wahlberechtigten von 7,6 % auf 9,1 % ausweiten.

Die Ausschöpfungsquoten – gemessen als Anteil der jeweiligen Zweitstimmen bezogen auf die Gesamtzahl der Wahlberechtigten – für die FDP/DVP, die Sozialdemokraten und die sonstigen Parteien hingegen waren gegenüber der Bundestagswahl 1998 rückläufig. Statt 7,2 % bei der letzten Bundestagswahl konnte die FDP/DVP diesmal nur die Zweitstimmen von 6,2 % aller Wahlberechtigten verbuchen. Die Ausschöpfungsquote der Sozialdemokraten reduzierte sich von 29,2 % auf 26,8 %. Der Anteil der Wähler der sonstigen Parteien unter den Wahlberechtigten ist von 7,0 % auf 3,6 % gesunken.

Übersicht 1

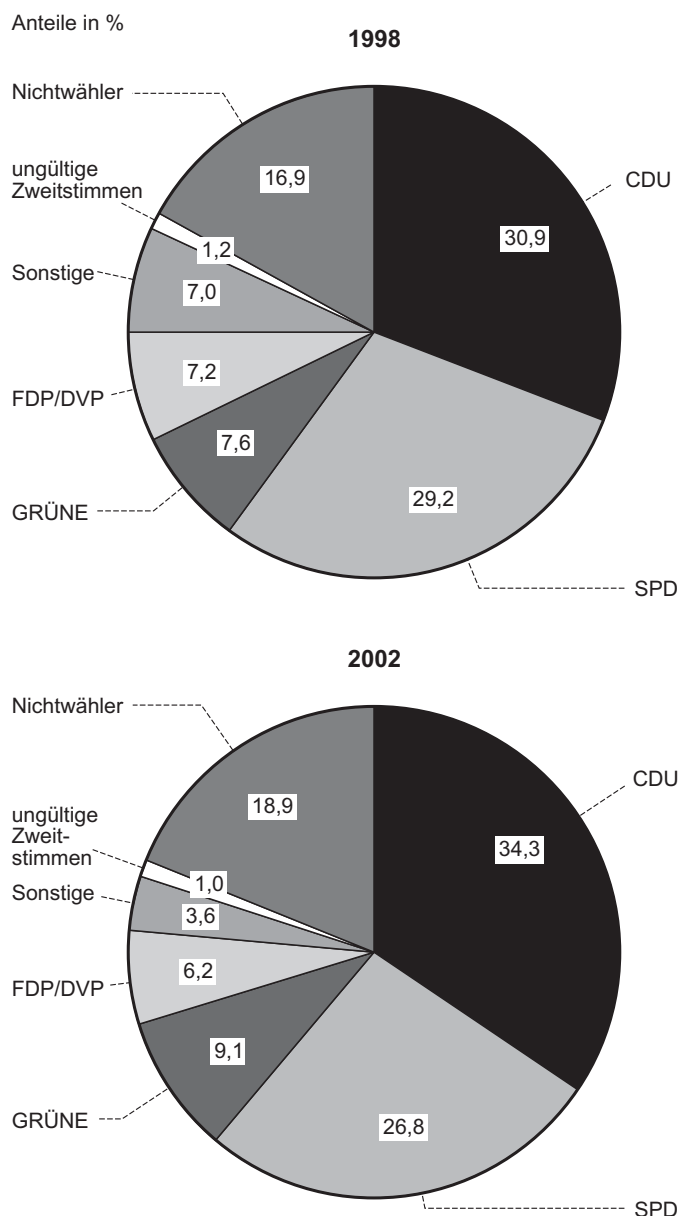
Wahlvorschläge zur Bundestagswahl 2002

Folgende Parteien und politische Vereinigungen nahmen an der Bundestagswahl teil:

CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
GRÜNE	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
FDP/DVP	Freie Demokratische Partei/ Demokratische Volkspartei
REP	DIE REPUBLIKANER
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
PBC	Partei Bibeltreuer Christen
Die Tierschutzpartei	Mensch Umwelt Tierschutz
ödp	Ökologisch-Demokratische Partei
GRAUE	DIE GRAUEN – Graue Panther
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
CM	CHRISTLICHE MITTE – Für ein Deutschland nach GOTTES Geboten
DIE FRAUEN	Feministische Partei DIE FRAUEN
BüSo	Bürgerrechtsbewegung Solidarität
PRG	Partei für RentenGerechtigkeit und Familie
Schill	Partei Rechtsstaatlicher Offensive

Bei der 15. Deutschen Bundestagswahl am 22. September 2002 stellten sich in Baden-Württemberg 16 Parteien und 7 Einzelbewerber zur Wahl. CDU, SPD, GRÜNE und FDP/DVP waren in allen 37 Wahlkreisen mit Kandidaten vertreten. Die PDS hatte in 31 und die PBC in 23 Wahlkreisen Wahlvorschläge eingereicht. Des Weiteren folgten die GRAUEN mit neun und die ödp mit vier Wahlvorschlägen. REP, NPD, BüSo und PRG kandidierten in je zwei Wahlkreisen. Die Schill-Partei war wie die DKP in einem Wahlkreis vertreten, allerdings hatte die DKP keine Landesliste eingereicht. Weiterhin kandidierten in Baden-Württemberg 7 Einzelbewerber (§ 18 Abs. 1 des Bundeswahlgesetzes), die unter einem Kennwort auf dem Stimmzettel aufgeführt wurden. Von der Tierschutzpartei, der CM und der Partei DIE FRAUEN wurden keine Wahlkreiskandidaten aufgestellt.

Schaubild 3
**Ausschöpfungsquoten der Parteien
 und Nichtwähleranteil bei den Bundestagswahlen
 1998 und 2002 in Baden-Württemberg**



Anmerkung: Die Ausschöpfungsquote ist der Anteil der gültigen Zweitstimmen der Parteien an den Wahlberechtigten.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

520 02

Der Rückhalt der großen Parteien CDU und SPD ist bei den letzten Bundestagswahlen deutlich zurückgegangen: Die beiden Volksparteien wurden 2002 zusammen von nur noch gut 61 % der wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger Baden-Württembergs gewählt. Ein Langfristvergleich zeigt hier die deutlich sinkende Resonanz: Bei der Bundestagswahl 1980 wählten noch 73,4 % der Wahlberechtigten CDU oder SPD. Gleichzeitig hatte der Zweitstimmenanteil an den Wahlberechtigten aller anderen Parteien in diesem Zeitraum von gut 12 % auf 20 % zugenommen.

Ergebnisse nach Gemeindegrößenklassen

Die Auswertung der Bundestagswahlergebnisse nach Gemeindegrößenklassen zeigt, dass die Wahlergebnisse in Abhängigkeit

von der Größe der Gemeinde teilweise deutliche Unterschiede aufweisen. So war die CDU erneut in den kleineren Gemeinden besonders erfolgreich. Ihre besten Ergebnisse erzielten die Christdemokraten mit 46,7 % in den Gemeinden der Größenordnung unter 10 000 Einwohnern, wo sie das Landesergebnis um 3,9 Prozentpunkte übertrafen (Tabelle 4). Bereits bei der Bundestagswahl 1998 hatte der Zweitstimmenanteil der CDU in diesen kleineren Gemeinden deutlich über dem Landesdurchschnitt gelegen. Tendenziell nahm mit zunehmender Gemeindegröße der Zweitstimmenanteil der CDU auch bei der jüngsten Bundestagswahl kontinuierlich ab. In den Gemeinden mit 10 000 bis unter 50 000 Einwohnern wurde mit 43,4 % das Landesergebnis mit noch 0,6 Prozentpunkten übertroffen. In den Gemeinden der Größenklasse 50 000 bis unter 100 000 lag, wie schon zur Bundestagswahl 1998, der Zweitstimmenanteil der Christdemokraten mit 39,6 % bereits unter dem Landesergebnis. In der Gemeindegrößenklasse 100 000 und mehr erreichte die CDU nur noch 35,5 % der gültigen Zweitstimmen und lag mit 7,3 Prozentpunkten unter dem Landesdurchschnitt. Bei der Bundestagswahl 1998 war der Unterschied in dieser Größenklasse mit einem Ergebnis von 4,8 Prozentpunkten unter dem Landesergebnis deutlich geringer.

Der umgekehrte Trend war hingegen bei den Sozialdemokraten zu beobachten. Die größte Unterstützung fand die SPD in den großen Städten, während sie in den kleinen Gemeinden die geringsten Zweitstimmenanteile aufwies. So konnte die SPD mit 36,2 % in den Städten mit 100 000 und mehr Einwohnern – wie bereits 1998 – die besten Resultate verbuchen. In der Gemeindegrößenklasse 50 000 bis unter 100 000 Einwohner erreichte sie einen Anteil von 35,4 % der Zweitstimmen und schnitt hier, verglichen mit dem Landesergebnis, ebenfalls überdurchschnittlich ab. Auch bei der vorherigen Bundestagswahl war sie in dieser Gemeindegrößenklasse stärker vertreten. Mit einem Zweitstimmenanteil von 33,8 % in den Gemeinden von 10 000 bis unter 50 000 Einwohnern lag das Ergebnis mit einem Plus von 0,3 Prozentpunkten knapp über dem Landesdurchschnitt. In den Gemeinden mit unter 10 000 Einwohnern konnte die SPD im Durchschnitt lediglich 31,3 % der Wählerstimmen erzielen und blieb, wie schon bei der Bundestagswahl 1998, deutlich unter ihrem Gesamtergebnis im Land.

Ebenso wie bei der SPD wuchs auch bei den GRÜNEN der Zweitstimmenanteil mit steigender Gemeindegröße. Die besten Resultate erzielten die GRÜNEN mit 15,9 % in den Gemeinden mit 100 000 und mehr Einwohnern. Merklich unter dem Landesdurchschnitt von 11,4 % lagen ihre Wahlerfolge in der Gemeindegrößenklasse unter 10 000 Einwohnern (9,6 %). Bereits zur Bundestagswahl 1998 hatte sich dieser Trend abgezeichnet. Damals hatten die GRÜNEN bei einem Landesergebnis von 9,2 % in den Gemeinden mit 100 000 und mehr Einwohnern 12,6 % und in der Gemeindegrößenklasse unter 10 000 Einwohnern 8,1 % erzielt.

Bei den Freien Demokraten konnte – wie bei der Bundestagswahl 1998 – keine eindeutige Tendenz zwischen Wahlergebnis und Größe der Gemeinde beobachtet werden. Die FDP/DVP schnitt bei der Bundestagswahl 2002 mit 7,4 % am schlechtesten in den Gemeinden mit 50 000 bis unter 100 000 Einwohnern ab. In den anderen Gemeindegrößenklassen entsprach der Zweitstimmenanteil mit 7,8 % dem Landesergebnis.

Bei der Betrachtung der Wahlbeteiligung in Abhängigkeit von der Gemeindegröße bestätigte sich auch bei der Bundestagswahl 2002 tendenziell wieder die Aussage: Je größer die Gemeinde, desto geringer die Wahlbeteiligung. Demzufolge lag die

Tabelle 4

Ergebnisse der Bundestagswahlen 1998 und 2002 in Baden-Württemberg nach Gemeindegrößenklassen

Gemeinde von ... bis unter ... Einwohnern	Wahlbeteiligung		Zweitstimmenanteile									
			CDU		SPD		GRÜNE		FDP/DVP		Sonstige	
	2002	1998	2002	1998	2002	1998	2002	1998	2002	1998	2002	1998
	%											
unter 10 000	82,5	84,1	46,7	40,2	31,3	33,8	9,6	8,1	7,8	8,6	4,7	9,3
10 000 – 50 000	80,9	83,2	43,4	38,4	33,8	35,9	10,6	8,4	7,8	8,9	4,4	8,4
50 000 – 100 000	80,3	82,0	39,6	35,4	35,4	37,3	13,2	10,7	7,4	8,6	4,4	7,9
100 000 und mehr	79,4	81,8	35,5	33,0	36,2	37,7	15,9	12,6	7,8	9,1	4,5	7,7
Baden-Württemberg	81,1	83,1	42,8	37,8	33,5	35,6	11,4	9,2	7,8	8,8	4,5	8,5

Wahlbeteiligung in den kleineren Gemeinden unter 10 000 Einwohnern durchschnittlich bei 82,5 % und somit 1,4 Prozentpunkte über dem Landesergebnis von 81,1 %. Das Ergebnis in der Gemeindegrößenklasse 10 000 bis unter 50 000 Einwohnern lag mit 80,9 % bereits knapp unter dem Landesergebnis. In den Gemeinden mit 50 000 bis unter 100 000 Einwohnern sank die Wahlbeteiligung auf 80,3 %. Am geringsten fiel die Wahlbeteiligung mit 79,4 % in der Gemeindegrößenklasse mit 100 000 und mehr Einwohnern aus.

Gemeinden mit über 30 000 Einwohnern: Höchste Wahlbeteiligung in Leinfelden-Echterdingen

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Parteien und die Wahlbeteiligung in den 53 Gemeinden Baden-Württembergs mit über 30 000 Einwohnern betrachtet. So wurde das Landesergebnis der CDU (42,8 %) bei dieser Bundestagswahl in 18 der 53 Gemeinden übertroffen (*Tabelle 5*). Am besten schnitten die Christdemokraten in Rastatt, in Rottenburg am Neckar und in Albstadt ab. Auch bei der Bundestagswahl 1998 gehörten Rastatt und Rottenburg zu den Gemeinden mit über 30 000 Einwohnern, welche die höchsten Zweitstimmenanteile für die CDU aufwiesen. Wie bereits beim Urnengang von 1998 gehörten zu den gemeindlichen Diasporagebieten der CDU die Universitätsstädte Tübingen und Freiburg.

In 3 der Gemeinden mit über 30 000 Einwohnern erreichte die SPD bei der Bundestagswahl 2002 einen Zweitstimmenanteil von über 40 %. Zu diesen Gemeinden zählen Rheinfelden, Heidenheim und Mannheim. Bereits 1998 hatten diese Gemeinden zu den gemeindlichen Hochburgen der Sozialdemokraten gezählt. Am schlechtesten schnitt die SPD mit unter 30 % in Rottenburg am Neckar und in Ravensburg ab. Auch Herrenberg gehörte – wie bereits 1998 – erneut zu den ausgewählten Gemeinden mit den niedrigsten Zweitstimmenergebnissen für die Sozialdemokraten.

Die GRÜNEN erzielten ihre besten Ergebnisse mit mehr als 20 % in den Universitätsstädten Freiburg im Breisgau, Tübingen und Heidelberg. Dies waren auch bei der Bundestagswahl 1998 die Städte, in denen die GRÜNEN ihre Spitzenergebnisse erreichten. In insgesamt 29 der Gemeinden mit über 30 000 Einwohnern lag der Zweitstimmenanteil der GRÜNEN über dem Landeswert von 11,4 %. Am wenigsten Erfolg hatten die GRÜNEN, wie schon beim Urnengang 1998, in den Städten Rastatt, Albstadt und Singen.

Weit überdurchschnittlichen Zuspruch konnte die FDP/DVP mit 10,4 % in Leonberg erzielen. Es folgen Leinfelden-Echterdingen, Baden-Baden und Fellbach. Bereits bei der letzten Wahl zum

Deutschen Bundestag zählten diese vier Gemeinden zu den Spitzenreitern der Freien Demokraten. Bei dieser Bundestagswahl gelang es den Liberalen nur in einer der Gemeinden mit über 30 000 Einwohnern, mehr als 10 % der gültigen Zweitstimmen zu erringen. Bei der Bundestagswahl 1998 waren es noch 14 Gemeinden gewesen.

In 16 der 53 Gemeinden mit über 30 000 Einwohnern lag die Wahlbeteiligung über dem Landesdurchschnitt von 81,1 %. Von diesen Gemeinden wies Leinfelden-Echterdingen (86,5 %) die höchste Beteiligungsquote auf, gefolgt von Fellbach, Tübingen, Ostfildern und Herrenberg. Auch bei der Bundestagswahl 1998 waren dies die fünf Gemeinden mit der höchsten Wahlbeteiligung. Die geringste Wahlbeteiligung hatte mit 69,5 % die Gemeinde Crailsheim zu verzeichnen. Auch die Gemeinden Singen, Kehl und Lahr zählten wiederholt zu den Gemeinden mit geringer Wahlbeteiligung.

CDU gewinnt 30 der 37 Direktmandate

Während die Zweitstimme für die Sitzverteilung im Parlament und somit für die Gesamtzahl der Abgeordneten einer Partei im Deutschen Bundestag ausschlaggebend ist, wird mit der Erststimme der Direktbewerber des Wahlkreises gewählt. Die Wähler haben mit der Erststimme die Möglichkeit, darüber zu entscheiden, welcher Wahlkreiskandidat sie im Bundestag vertreten soll. Gewählt ist, wer in seinem Wahlkreis die relative Stimmenmehrheit auf sich vereinigen kann.

Bei der jüngsten Bundestagswahl in Baden-Württemberg eroberte die CDU mit 30 der 37 Wahlkreise wieder deutlich mehr Mandate (*Schaubild 4*). Bei der letzten Wahl konnte sie nur 26 der 37 baden-württembergischen Direktmandate erringen. Dementsprechend erzielte die SPD lediglich in sieben Wahlkreisen die Erststimmenmehrheit. Zur Bundestagswahl 1998 hatten die Sozialdemokraten noch überraschend 11 der 37 baden-württembergischen Direktmandate gewonnen. Seit der Bundestagswahl 1983 hatte die Landes-SPD jeweils nur ein Direktmandat erringen können. Bei der Bundestagswahl 1994 hatten die Christdemokraten sogar erstmals alle 37 Direktmandate in Baden-Württemberg gewonnen.

Insgesamt gewann die Union in 8 der 37 Wahlkreise Baden-Württembergs die absolute Erststimmenmehrheit. Die – gemessen am Erststimmendurchschnitt im Land von 46,3 % – „Top-Wahlkreise“ der CDU waren Biberach (57,7 %), Zollernalb-Sigmaringen (54,9 %) und Odenwald-Tauber (53,3 %). Die wenigsten Erststimmen erhielten die Christdemokraten in Freiburg (31,9 %), Karlsruhe-Stadt (35,1 %) und Stuttgart I (37,3 %). Die SPD kam im Landesdurchschnitt auf 38,2 % der Erststimmen. In Mann-

Tabelle 5

Ergebnisse ausgewählter Gemeinden bei den Bundestagswahlen 1998 und 2002 in Baden-Württemberg

Gemeinde ¹⁾	Wahlbeteiligung		Zweitstimmenanteile									
			CDU		SPD		GRÜNE		FDP/DVP		Sonstige	
	2002	1998	2002	1998	2002	1998	2002	1998	2002	1998	2002	1998
	%											
Aalen	80,9	83,1	40,7	35,0	39,8	43,0	9,1	7,2	6,4	7,0	3,9	7,7
Albstadt	77,5	81,1	47,3	37,1	32,9	36,8	6,7	5,2	8,1	11,2	5,0	9,7
Backnang	80,8	82,9	42,0	36,0	36,0	37,3	10,9	7,9	6,8	8,3	4,3	10,5
Baden-Baden	79,5	82,0	44,2	42,5	31,6	31,4	11,2	9,1	9,2	10,9	3,8	6,1
Balingen	78,8	81,3	43,0	35,9	36,1	37,9	8,8	7,4	7,8	10,2	4,3	8,6
Biberach an der Riß	80,1	83,3	45,5	41,2	30,0	30,0	12,8	10,5	7,3	8,2	4,4	10,2
Bietigheim-Bissingen	81,7	84,8	39,7	35,3	35,6	36,5	13,0	10,7	7,5	9,2	4,1	8,3
Böblingen	80,3	83,1	42,5	38,5	33,5	35,9	10,9	8,3	8,8	9,9	4,3	7,4
Bruchsal	80,0	83,7	46,6	43,1	33,6	33,9	8,0	7,0	7,4	7,6	4,3	8,5
Crailsheim	69,5	78,7	47,0	38,8	33,5	34,7	8,5	6,8	6,2	7,6	4,7	12,2
Esslingen am Neckar	81,9	84,1	38,3	35,8	36,4	37,7	13,3	10,5	7,5	8,1	4,6	7,9
Ettlingen	83,2	85,4	44,4	40,5	33,3	34,9	10,1	8,2	8,9	10,5	3,3	5,9
Fellbach	85,1	86,0	41,1	36,9	33,7	34,5	12,3	9,4	8,9	11,9	4,0	7,4
Filderstadt	84,0	85,4	40,2	35,8	35,1	37,0	12,4	9,8	8,3	10,1	3,9	7,3
Freiburg im Breisgau	80,9	82,6	27,2	27,9	33,4	33,8	28,7	24,1	6,4	7,5	4,3	6,7
Friedrichshafen	79,7	81,5	43,6	39,0	35,0	37,6	9,6	7,4	7,3	7,4	4,4	8,5
Göppingen	78,2	81,0	41,1	34,0	35,9	39,7	10,7	7,6	7,5	9,2	4,9	9,6
Heidelberg	81,8	83,7	32,2	32,4	32,9	34,3	22,9	18,2	8,3	9,5	3,7	5,6
Heidenheim an der Brenz	79,6	82,4	38,9	32,4	41,3	44,1	9,2	6,9	5,8	7,5	4,8	9,1
Heilbronn	77,5	81,3	41,2	34,3	37,6	39,2	8,6	7,2	7,8	9,0	4,9	10,3
Herrenberg	84,5	86,3	42,8	39,9	29,9	30,9	13,7	10,0	8,5	9,7	5,0	9,5
Karlsruhe	79,1	80,6	35,4	33,3	37,2	38,9	14,4	10,9	8,4	10,3	4,6	6,7
Kehl	74,0	76,7	37,7	34,4	38,5	41,6	10,3	8,2	8,0	7,6	5,6	8,2
Kirchheim unter Teck	81,3	83,6	40,7	36,7	34,0	35,2	12,7	9,8	8,1	9,8	4,5	8,4
Konstanz	81,1	82,1	33,7	32,2	34,6	36,1	19,1	15,9	8,9	10,1	3,8	5,7
Lahr/Schwarzwald	74,1	78,0	44,9	41,2	34,6	37,3	9,3	8,5	6,2	6,6	5,0	6,4
Leinfelden-Echterdingen	86,5	87,8	38,6	35,1	35,3	35,7	13,4	10,7	9,4	12,4	3,3	6,2
Leonberg	83,7	85,4	38,4	33,7	34,5	36,1	12,9	9,9	10,4	13,4	3,9	6,9
Lörrach	76,9	80,2	34,9	34,9	38,3	38,3	15,2	11,9	6,6	7,0	5,0	7,9
Ludwigsburg	80,0	82,7	38,4	34,4	34,8	36,9	14,0	9,7	7,9	9,3	4,9	9,6
Mannheim	76,0	80,0	34,4	33,0	41,3	43,9	12,0	8,4	7,1	6,1	5,2	8,5
Nürtingen	81,8	84,3	45,0	39,3	30,1	32,3	12,2	9,9	7,7	8,5	5,0	10,1
Offenburg	77,1	71,2	41,8	38,5	35,2	37,8	11,6	10,0	6,3	6,7	5,2	7,0
Ostfildern	84,8	86,0	40,4	37,6	34,5	35,9	12,3	9,0	8,5	10,4	4,3	7,2
Pforzheim	75,8	79,5	46,7	39,6	32,7	35,9	8,1	6,3	7,9	9,3	4,5	8,9
Rastatt	75,4	79,2	48,7	44,3	35,0	37,0	6,3	5,3	5,9	6,0	4,1	7,3
Ravensburg	79,9	81,5	46,1	40,6	29,4	31,9	13,7	11,6	7,1	8,1	3,7	8,0
Reutlingen	80,0	83,1	39,4	35,3	36,1	37,0	12,7	9,7	7,9	9,6	3,9	8,5
Rheinfelden (Baden)	75,8	78,9	35,1	34,8	43,2	42,1	11,2	10,0	6,7	6,6	3,9	6,4
Rottenburg am Neckar	83,2	85,3	48,3	42,1	29,0	29,4	12,0	10,9	6,4	8,0	4,3	9,7
Schorndorf	80,8	82,9	42,1	37,0	31,9	35,4	12,9	9,3	8,1	9,7	4,9	8,6
Schwäbisch Gmünd	78,7	81,4	45,4	39,4	34,2	36,0	10,6	8,9	5,8	7,4	4,1	8,3
Schwäbisch Hall	77,9	82,5	37,6	32,4	33,9	36,8	15,0	11,0	8,8	10,8	4,8	8,9
Sindelfingen	80,6	83,2	42,0	37,4	35,4	37,7	10,3	8,0	8,2	9,1	4,2	7,9
Singen (Hohentwiel)	73,7	78,3	42,7	38,3	38,0	40,4	7,4	5,9	7,8	7,6	4,2	7,8
Sinsheim	78,8	81,4	45,5	39,1	32,4	35,3	8,8	7,5	8,3	7,9	5,0	10,2
Stuttgart	81,0	82,9	35,1	32,2	35,7	36,6	16,2	13,1	8,5	10,6	4,5	7,6
Tübingen	84,8	86,6	26,8	24,9	33,6	32,2	27,8	26,2	7,0	9,6	4,7	7,1
Tuttlingen	78,2	82,1	44,0	38,5	34,1	36,4	8,7	6,9	8,6	9,6	4,6	8,6
Ulm	80,9	82,7	39,1	35,3	35,9	36,6	14,0	11,4	6,9	8,6	4,0	8,0
Villingen-Schwenningen	78,1	81,5	45,4	39,4	33,7	37,4	8,9	7,2	7,5	8,0	4,7	8,1
Waiblingen	82,3	84,0	39,7	34,7	35,7	37,2	11,7	9,2	8,6	10,4	4,3	8,5
Weinheim	82,9	85,7	39,3	36,9	36,8	38,1	11,7	8,2	8,6	9,4	3,6	7,4
Baden-Württemberg	81,1	83,1	42,8	37,8	33,5	35,6	11,4	9,2	7,8	8,8	4,5	8,5

1) Gemeinden mit über 30 000 Einwohnern (Stand: 30. Juni 2001).

heim (48,5 %), Freiburg (48,3 %) und Stuttgart II (45,6 %) erzielte sie die höchsten Erststimmenanteile. Insgesamt wurde das Landesergebnis in 21 Wahlkreisen überschritten. Die geringsten Erststimmenergebnisse hatten die Sozialdemokraten in den Bundestagswahlkreisen Biberach (26,1 %), Zollernalb-Sigmaringen (29,0 %) und Ravensburg-Bodensee (31,4 %).

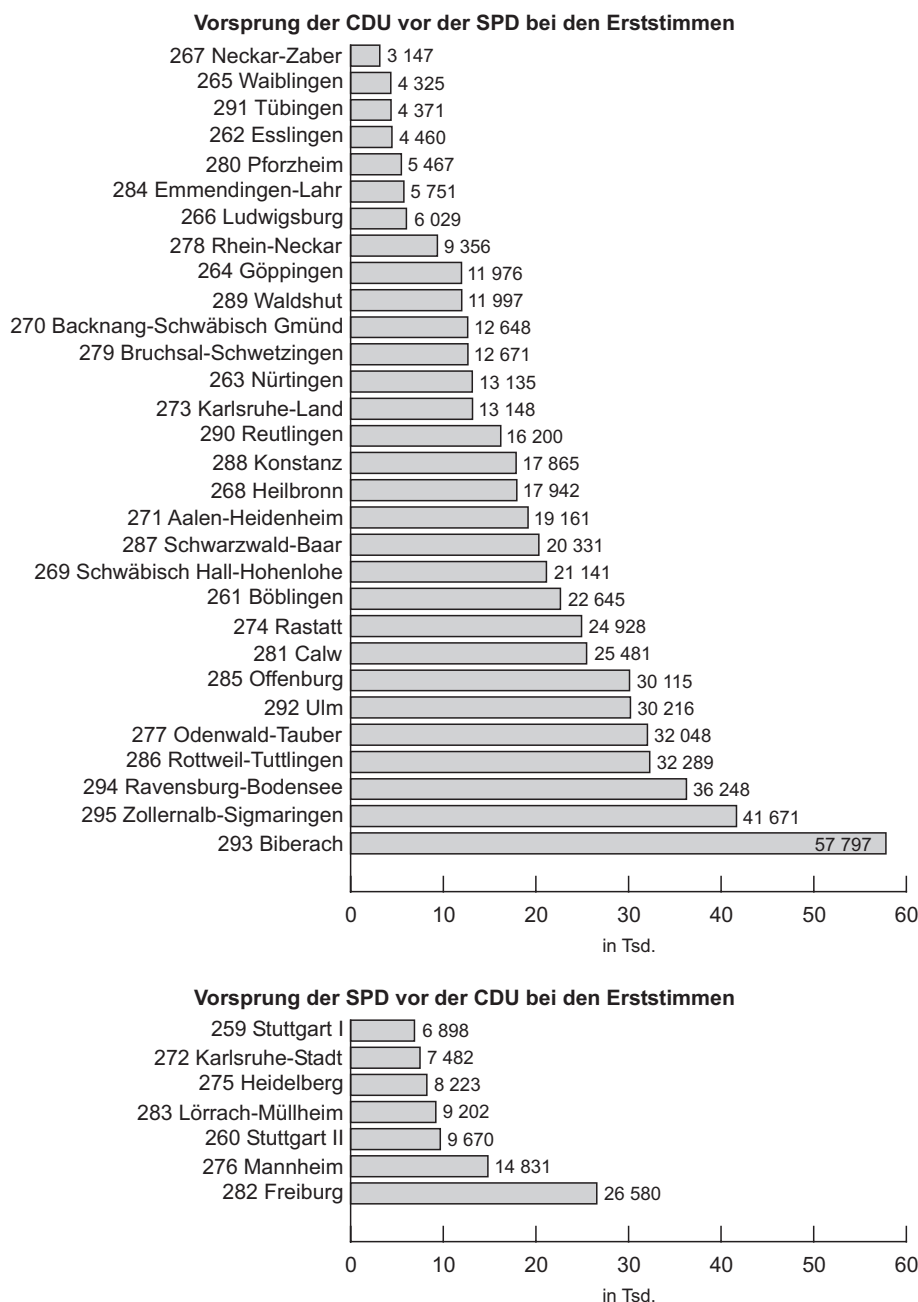
In vier Wahlkreisen Erststimmenabstand unter 5 000 Stimmen

Von hohem Interesse war der Wahlausgang in den Wahlkreisen Göppingen, Emmendingen-Lahr, Schwäbisch Hall-Hohenlohe, Rhein-Neckar, Backnang-Schwäbisch Gmünd und Neckar-

Zaber. Nach den auf die Wahlkreiseinteilung 2002 umgerechneten Ergebnissen der Bundestagswahl 1998 lag hier der Abstand zwischen CDU und SPD unter 5 000 Erststimmen. Ein Wechsel hinsichtlich des Direktmandats erschien in diesen Bundestagswahlkreisen rechnerisch am ehesten möglich. Im Wahlkreis Neckar-Zaber erbrachte das Ergebnis der diesjährigen Wahl dann tatsächlich einen Mandatswechsel. Im Wahlkreis Emmendingen-Lahr hingegen fand der Mandatswechsel nur rechnerisch statt (Nach der Umrechnung der Ergebnisse der Bundestagswahl 1998 auf die Abgrenzung der neuen Wahlkreiseinteilung von 2002 wäre der Wahlkreis Emmendingen-Lahr rechnerisch der SPD zugefallen). Tatsächlich hatte jedoch bei der Bundestagswahl 1998 der CDU-Kandidat diesen Wahlkreis erobern können (*Übersicht 2*).

Schaubild 4

Erststimmendifferenz zwischen CDU und SPD bei der Bundestagswahl 2002 in den Bundestagswahlkreisen Baden-Württembergs



Aufgrund des Wahlerfolges der CDU gab es in weiteren 3 Wahlkreisen Mandatswechsel. In den Wahlkreisen Pforzheim, Esslingen und Tübingen lag der Vorsprung der Union vor der SPD bei über 5 000 Erststimmen und mehr. Aber auch den Sozialdemokraten gelang es, den Christdemokraten einen Bundestagswahlkreis abzurufen: Im Wahlkreis Stuttgart I erzielte die SPD mit einem Vorsprung von knapp 7 000 Erststimmen die Mehrheit.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass bei der Bundestagswahl 2002 die SPD in 7 der 37 Wahlkreise vor der CDU lag, 1998 hatte sie noch 11 Direktmandate gewonnen. Die CDU gewann in 30 Wahlkreisen die Erststimmenmehrheit. In 4 dieser 30 Wahlkreise lag der Vorsprung der CDU vor der SPD bezüglich der Erststimmen bei weniger als 5 000 Stimmen, in weiteren 4 Wahlkreisen bei 10 000 Stimmen. In 15 Bundestagswahlkreisen betrug der Vorsprung der Christdemokraten zwischen 10 000 bis unter 30 000 Erststimmen, in den übrigen 7 Wahlkreisen war er noch größer. In einem Wahlkreis hatte die CDU sogar über 50 000 Erststimmen mehr erhalten als die SPD.

Der Wahlausgang in den Bundestagswahlkreisen prominenter Kandidaten

Mit besonderer Spannung war der Wahlausgang in jenen Wahlkreisen erwartet worden, in denen prominente Politiker kandidierten, die eine besondere Funktion ausüb(t)en bzw. die auf der Landesliste ihrer Partei Spitzenplätze einnahmen. Dazu zählte unter anderem der Spitzenkandidat der Union, Dr. Wolfgang Schäuble, Bundesminister a.D. und ehemaliger Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion, der im Wahlkreis Offenburg kandidierte. Weitere prominente Kandidaten, die für die CDU antraten, waren der ehemalige Verkehrsminister Matthias Wissmann (Wahlkreis Ludwigsburg) und der Staatsminister a.D. Bernd Schmidbauer (Wahlkreis Rhein-Neckar).

Neue Wahlkreiseinteilung

Durch die 1996 beschlossene Änderung des Bundeswahlgesetzes wird die Zahl der Abgeordneten im Deutschen Bundestag von 656 auf 598 Abgeordnete (ohne Überhangmandate) reduziert. Dementsprechend wurde zur Bundestagswahl 2002 die Zahl der Wahlkreise von 328 auf 299 verringert, womit die Neuabgrenzung von bundesweit 75 Wahlkreisen notwendig wurde. In Baden-Württemberg blieb die Zahl von 37 Wahlkreisen gegenüber der Bundestagswahl 1998 konstant. Allerdings wurden in 13 der 37 baden-württembergischen Bundestagswahlkreise zum Teil deutliche Anpassungen hinsichtlich des Zuschnitts vorgenommen. Im Rahmen der Wahlkreisneueinteilung entfiel einer der beiden bisherigen Mannheimer Wahlkreise, während der Wahlkreis Bruchsal-Schwetzingen völlig neu entstanden ist.

Folgende 13 Wahlkreise wurden in ihrem Zuschnitt verändert:

272	Karlsruhe-Stadt
273	Karlsruhe-Land
274	Rastatt
275	Heidelberg
276	Mannheim
279	Bruchsal-Schwetzingen
280	Pforzheim
282	Freiburg
284	Emmendingen-Lahr
287	Schwarzwald-Baar
289	Waldshut
294	Ravensburg-Bodensee
295	Zollernalb-Sigmaringen

Die Zuschnittsänderungen der Wahlkreise Baden-Württembergs machten eine Umrechnung der Ergebnisse der Bundestagswahl 1998 auf die zur Bundestagswahl 2002 neu eingeteilten Wahlkreise erforderlich. Aus diesem Grund weichen die dargestellten Wahlkreisergebnisse in den betroffenen Wahlkreisen von früheren Veröffentlichungen ab. Durch die bundesweite Neueinteilung wurde auch eine Änderung der Wahlkreisnummerierung vorgenommen: Die Wahlkreise in Baden-Württemberg tragen künftig die Nummern 259 bis 295 (bisher: 162 bis 198).

Im Wahlkreis Tübingen standen sich zwei bekannte Politikerinnen der beiden großen Volksparteien CDU und SPD gegenüber: Die Beauftragte für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit Annette Widmann-Mauz (CDU), die auf der Landesliste der Christdemokraten den Platz drei belegt, und die Bundesministerin der Justiz Dr. Herta Däubler-Gmelin (SPD). Eine interessante Konstellation ergab sich auch im Wahlkreis Neckar-Zaber, in dem der Staatsminister im Bundeskanzleramt, Hans-Martin Bury (SPD) und der ehemalige Welt- und Europameister im Turnen, Eberhard Gienger (CDU), angetreten waren.

Des Weiteren bewarben sich für die SPD Ute Vogt (Vorsitzende des Innenausschusses des Deutschen Bundestags) im Wahlkreis Pforzheim und der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung Walter Riester im Wahlkreis Göppingen. Die Staatssekretärin im Entwicklungsministerium, Uschi Eid, die die Spitzenposition auf der Landesliste der GRÜNEN innehat, stellte sich im Wahlkreis Nürtingen den Wählern, während sich der Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN, Rezzo Schlauch, im Wahlkreis Stuttgart I und der Bundesvorsitzende der GRÜNEN, Fritz Kuhn, im Wahlkreis Heidelberg um das Direktmandat bewarben. Nachdem der ehemalige Außenminister Klaus Kinkel nicht mehr angetreten war, hat Birgit Hom-

burger (Wahlkreis Konstanz) die Spitzenkandidatur für die FDP/DVP übernommen. Im Wahlkreis Reutlingen trat der ehemalige Wirtschaftsminister Dr. Helmut Haussmann für die FDP/DVP an.

Alle der oben genannten CDU-Politiker errangen in ihren Wahlkreisen erneut das Direktmandat. Dr. Wolfgang Schäuble konnte im Wahlkreis Offenburg gegenüber der Bundestagswahl 1998 leicht – um 0,3 Prozentpunkte – zulegen und erreichte mit einem Erststimmenanteil von 52,9 % wiederum die absolute Mehrheit. Matthias Wissmann und Bernd Schmidbauer erreichten in ihren Wahlkreisen 45,2 % bzw. 46,5 % der Erststimmen. Gegenüber der letzten Bundestagswahl konnten sie ihren Erststimmenanteil um 0,9 bzw. 2,3 Prozentpunkte erhöhen.

Von den in Baden-Württemberg angetretenen prominenten SPD-Kandidaten konnte – obwohl sie alle überdurchschnittlich abschnitten – keiner ein Direktmandat erringen. Wegen kräftiger Erststimmenverluste von 6,8 Prozentpunkten verlor Dr. Herta Däubler-Gmelin (SPD), die 40,4 % der Erststimmen erhielt, im Wahlkreis Tübingen ihr Direktmandat an Annette Widmann-Mauz (CDU), die 5,4 Prozentpunkte hinzugewann und 43,4 % der Erststimmen auf sich vereinigte. Auch Ute Vogt (SPD) musste ein Minus von 1,7 Prozentpunkten hinnehmen und mit einem Erststimmenanteil von 42,2 % ihr 1998 im Wahlkreis Pforzheim gewonnenes Direktmandat an den CDU-Bewerber abtreten. Ebenso erging es Hans-Martin Bury (SPD), der sein Direktmandat im Wahlkreis Neckar-Zaber, trotz eines leichten Stimmenzugewinns und einem Erststimmenanteil von 42,7 %, an Eberhard Gienger (CDU) abtreten musste. Der Politik-Neuling der CDU konnte 44,5 % der Erststimmen auf sich vereinigen. Walter Riester, der erstmals im Wahlkreis Göppingen angetreten war, erhielt 39,7 % der Erststimmen und konnte sich nicht gegen seinen Kontrahenten von der CDU durchsetzen, der mit 48,0 % das Direktmandat gewann.

Bereits seit der Bundestagswahl 1957 wurden die Direktmandate in Baden-Württemberg ausschließlich von Kandidaten der großen Parteien CDU und SPD gewonnen. Der Wahlkreissieg eines Bewerbers einer der kleineren Parteien wäre deshalb schon sehr außergewöhnlich. Insofern war es nicht weiter überraschend, dass die Prominenz von GRÜNEN und Liberalen im Kampf um die Wahlkreismandate in Baden-Württemberg erfolglos geblieben war.

Rezzo Schlauch von den GRÜNEN erreichte im Wahlkreis Stuttgart I mit einem Erststimmenanteil von 13,3 % das beste Ergebnis für seine Partei. Gegenüber der Bundestagswahl 1998 musste er mit einem Minus von 6,0 Prozentpunkten allerdings auch die stärksten Einbußen aller GRÜNEN-Bewerber hinnehmen. Im Wahlkreis Heidelberg, in dem Fritz Kuhn angetreten war, konnten die GRÜNEN hingegen ihren Erststimmenanteil gegenüber der Bundestagswahl 1998 um 4,0 Prozentpunkte auf jetzt 10,6 % kräftig ausbauen. Uschi Eid konnte in etwa das Ergebnis von 1998 halten und schnitt in ihrem Wahlkreis Nürtingen mit einem Erststimmenanteil von 10,2 % überdurchschnittlich ab.

Auch den Kandidaten der FDP/DVP blieben die Direktmandate verwehrt. Beide genannten Politiker konnten ihren Erststimmenanteil aber gegenüber 1998 ausbauen. Birgit Homburger erreichte mit einem Erststimmenanteil von 9,6 % im Wahlkreis Konstanz ebenso ein überdurchschnittliches Ergebnis wie Dr. Helmut Haussmann, der mit 10,1 % der Erststimmen im Wahlkreis Reutlingen das zweitbeste Ergebnis aller FDP/DVP-Wahlkreiskandidaten erzielte.

Obwohl die aufgeführten Kandidaten der GRÜNEN und der FDP/DVP keine Direktmandate gewannen, konnten sie – bis auf Dr. Helmut Haussmann – über die Landeslisten ihrer Parteien, auf denen sie Spitzenplätze eingenommen hatten, in den Deutschen Bundestag einziehen.

Jutta Demel